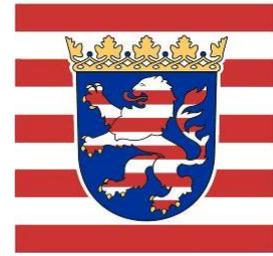




**HESSEN**



# **Bericht aus Brüssel**

**02/2025 vom 17.01.2025**

**Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union  
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel  
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13  
E-Mail: [hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de](mailto:hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de)**

## Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Wirtschaft.....	4
Forschung.....	5
Finanzdienstleistungen.....	5
Finanzen.....	6
Soziales.....	6
Landwirtschaft und Umwelt.....	7
Justiz.....	7
Inneres.....	8
EU-Förderprogramme.....	8
Vorschau.....	9

## Institutionelles

### **Kommission; Projektgruppen zu politischen Prioritäten**

Die Kommission verkündete am 10.01.2025, dass Präsidentin Ursula von der Leyen, vierzehn Projektgruppen innerhalb der Kommission eingesetzt hat, um aktuelle Themen, wichtige Querschnittsinitiativen und horizontale Politikbereiche zu koordinieren. Ziel der Projektgruppen sei es, die Vorbereitung und politische Steuerung von Initiativen von der Konzeption bis zur Umsetzung zu gewährleisten. Jede Projektgruppe habe ihr eigenes Mandat, ihre eigene Zusammensetzung, ihre eigene Dauer und ihre eigenen Arbeitsmethoden. Den Vorsitz jeder Gruppe führe ein Mitglied des Kollegiums, das von der Präsidentin ernannt wird. Die Titel der vierzehn Projektgruppen lauten: Clean Industrial Deal; Künstliche Intelligenz; Externe Maßnahmen; Kompetenzen, Arbeitsplätze und soziale Rechte; hochwertige Arbeitsplätze und Vorsorge; Wirtschaftliche Sicherheit; Verteidigungsunion; Europäische Spar- und Investitionsunion; Union der Vorsorge; Europäische Innere Sicherheit; Wasserresilienz; Bezahlbarer Wohnraum; Start-ups und Scale-ups; Europäischer Demokratie-Schild und Vision für Landwirtschaft und Ernährung.

[https://germany.representation.ec.europa.eu/news/bessere-koordinierung-14-projektgruppen-zu-politischen-prioritaeten-eingesetzt-2025-01-10\\_de](https://germany.representation.ec.europa.eu/news/bessere-koordinierung-14-projektgruppen-zu-politischen-prioritaeten-eingesetzt-2025-01-10_de)

## Außen- und Verteidigungspolitik

### **Kommission; Unterstützung der Ukraine durch Zinseinnahmen aus eingefrorenem russischen Vermögen**

Die Kommission hat am 10.01.2025 die erste Tranche ihres außerordentlichen Makrofinanzhilfe-Darlehens (Macro-Financial Assistance, MFA) für die Ukraine in Höhe von 3 Mrd. EUR ausgezahlt, für das Zinseinnahmen aus eingefrorenem russischen Vermögen verwendet wurden. Dieses Darlehen, das sich auf 18,1 Mrd. EUR beläuft, ist der Beitrag der EU zum Darlehen der G7-Initiative, mit der der Ukraine finanzielle Unterstützung in Höhe von insgesamt rund 45 Mrd. EUR bereitgestellt werden soll. Diese erste Auszahlung soll laut Kommission das unerschütterliche Engagement der EU zeigen und der Ukraine helfen, sich dem umfassenden Angriffskrieg Russlands entgegenzustellen, die makroökonomische und fiskalische Stabilität aufrechtzuerhalten, lebenswichtige Infrastrukturen, einschließlich ihrer Energiesysteme, wiederherzustellen und in Verteidigungsinfrastrukturen zu investieren.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_25\\_223](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_223)

### **EuG; Krieg in der Ukraine, Bestätigung der restriktiven Maßnahmen**

Am 15.01.2025 erging das Urteil des EuG in der Rechtssache T-193/23 | MegaFon / Rat. Im Februar 2023 war der Rat zu der Auffassung gelangt, dass MegaFon den militärisch-industriellen Komplex Russlands bei dessen Angriffskrieg gegen die Ukraine unmittelbar unterstütze. Die Gesellschaft wurde daher in die Liste der Organisationen aufgenommen, die von den restriktiven Maßnahmen der EU betroffen sind. MegaFon, eine Aktiengesellschaft mit Sitz in Moskau, ist ein Mobilfunk- und Telekommunikationsbetreiber in Russland. MegaFon erhob beim EuG Klage auf Nichtigerklärung der Rechtsakte des Rates. Das Gericht wies nun die Klage in vollem Umfang ab und bestätigte, dass MegaFon zu Recht in die Liste der von den restriktiven Maßnahmen betroffenen Organisationen aufgenommen wurde. Das EuG stellt u.a. fest, dass der Rat die besonderen und konkreten Gründe für die Anwendung

restriktiver Maßnahmen gegen MegaFon dargelegt habe. Mit diesen Maßnahmen soll verhindert werden, dass ein wichtiger russischer Mobilfunkbetreiber bestimmte Güter und Technologien erwirbt, die zur Unterstützung der Aggression Russlands gegen die Ukraine verwendet werden könnten, nämlich insbesondere durch Telekommunikationsdienstleistungen für die russische Armee.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-193/23>

## Wirtschaft

### **Kommission; Konsultation zur technischen Anpassung von Sicherheitsanforderungen für land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge**

Die Kommission hat am 09.01.2025 eine öffentliche Konsultation zu einem Verordnungsentwurf zu Sicherheitsanforderungen für land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge eröffnet. Der Entwurf soll die Sicherheit der Fahrzeuge verbessern, Handel im Binnenmarkt erleichtern und Genehmigungsverfahren vereinfachen. Die Kommission plant die Vorlage der Verordnung im vierten Quartal 2025. Die Rückmeldefrist endet am 06.02.2025.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14429-Land-und-forstwirtschaftliche-Fahrzeuge-Anforderungen-an-die-Bremsen-und-die-funktionale-Sicherheit-von-Fahrzeugen-Anderungen\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14429-Land-und-forstwirtschaftliche-Fahrzeuge-Anforderungen-an-die-Bremsen-und-die-funktionale-Sicherheit-von-Fahrzeugen-Anderungen_de)

### **Kommission; Überprüfung von Investitionen in Drittstaaten und Bewertung der wirtschaftlichen Sicherheit**

Die Kommission hat am 15.01.2025 eine Empfehlung an die Mitgliedstaaten veröffentlicht. Diese sollen Investitionen inländischer Unternehmen in Drittstaaten in den strategisch bedeutsamen Technologiebereichen Halbleiter, künstliche Intelligenz und Quantentechnologien überprüfen. Daraufhin seien Risiken, die sich aus diesen Transaktionen für die wirtschaftliche Sicherheit ergeben, zu bewerten. Die Kommission möchte feststellen, ob weitere Maßnahmen zu treffen sind, um Risiken zu minimieren und die wirtschaftliche Sicherheit stärken.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/document/print/de/ip\\_25\\_261/P\\_25\\_261\\_DE.pdf](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/document/print/de/ip_25_261/P_25_261_DE.pdf)

### **Kommission; Lufthansa – Wettbewerbsbeschränkung auf Transatlantikstrecken**

Die Kommission hat am 16.01.2025 eine ergänzende Mitteilung der Beschwerdepunkte an die Deutsche Lufthansa AG übermittelt, in der sie ihre Absicht bekundet, die Fluggesellschaft anzuweisen, Condor wieder Zugang zu ihren Anschlussverbindungen von und zum Frankfurter Flughafen zu den Bedingungen zu gewähren, welche die beiden Fluggesellschaften im Juni 2024 vereinbart hätten. Damit sollen finanzielle Nachteile für Fluggäste auf der Strecke Frankfurt-New York abgewendet werden. Die Kommission unternimmt diesen Schritt im Rahmen einer Untersuchung einer möglichen Beschränkung des Wettbewerbs auf Transatlantikstrecken von/nach mehreren Flughäfen des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) durch das transatlantische Joint Venture A++ zwischen Lufthansa, United und Air Canada. In der Mitteilung stellt die Kommission vorläufig fest, dass das transatlantische Gemeinschaftsunternehmen A++ den Wettbewerb auf der Strecke Frankfurt-New York einschränke und dass der Erlass einstweiliger Maßnahmen, die es Condor ermöglichen, seine Dienste auf dieser Strecke weiterhin anzubieten, gerechtfertigt sei, um eine schwerwiegende Schädigung des Wettbewerbs auf diesem Markt zu verhindern.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_25\\_260](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_260)

## Forschung

### **Kommission; Forschungsinfrastrukturen; neue Beobachtungsstelle**

Am 10.01.2025 hat die Generaldirektion Forschung und Innovation der Kommission bekannt gegeben, dass die Kommission von einem Gammastrahlen-Observatorium unterstützen wird. Die Unterstützung erfolge über die Gründung des „Cherenkov Telescope Array Observatory European Research Infrastructures Consortium“ (CTAO ERIC). Dieses Konsortium soll laut Kommission das weltweit größte und leistungsstärkste bodengebundene Gammastrahlen-Observatorium bauen und betreiben und damit einen Meilenstein in der globalen Astroteilchenphysik setzen.

[https://research-and-innovation.ec.europa.eu/document/download/d39e2ed9-6578-42d0-baea-1c48565c809a\\_en?filename=C\\_2025\\_9\\_1\\_EN\\_ACT.pdf&prefLang=de](https://research-and-innovation.ec.europa.eu/document/download/d39e2ed9-6578-42d0-baea-1c48565c809a_en?filename=C_2025_9_1_EN_ACT.pdf&prefLang=de)

### **Kommission; Forschung; Erasmus+-Allianzen für Innovation 2025**

Am 13.01.2025 hat die Europäische Exekutivagentur für Bildung und Kultur der Kommission Informationen zur aktuellen forschungsrelevanten Förderausschreibung „Allianzen für Innovation“ im Programm Erasmus+ veröffentlicht. Diese Allianzen zielen laut Kommission darauf ab, die Innovationskapazität Europas zu stärken, indem sie Innovation durch Kooperation zwischen Hochschulbildung, beruflicher Aus- und Weiterbildung und der Forschung fördern. Die Allianzen zielen laut Kommission zudem darauf ab, die Bereitstellung neuer Kompetenzen zu fördern und u.a. neue Lehrpläne für die Hochschulbildung und die berufliche Aus- und Weiterbildung zu konzipieren sowie unternehmerisches Denken zu fördern. Die Ausschreibung läuft noch bis zum 06.03.2025. Mit dieser Ausschreibung stehen insgesamt rund 60 Mio. EUR an Förderung bereit.

[https://www.eacea.ec.europa.eu/news-events/news/erasmus-alliances-innovation-2025-how-apply-2025-01-13\\_en?prefLang=de&etrans=de](https://www.eacea.ec.europa.eu/news-events/news/erasmus-alliances-innovation-2025-how-apply-2025-01-13_en?prefLang=de&etrans=de)

### **Kommission; EIT Water; Horizont Europa; Wasserforschung**

Am 16.01.2025 hat die Kommission im Forschungsrahmenprogramm eine neue Förderausschreibung zum Thema Wasser (aus dem neuen Förderinstrument EIT Water) veröffentlicht. Das neue EIT Water soll laut Kommission sich mit großen Herausforderungen wie Wasserknappheit, Dürren, Überschwemmungen und der Verschlechterung der Wasserqualität im Meer und in den Süßwassergebieten befassen. Das EIT Water kann laut Kommission 2026 mit einem Anfangsbudget von bis zu 5 Mio. EUR rechnen. Die Einreichungsfrist für Vorschläge läuft bis zum 17.06.2025.

<https://eit.europa.eu/our-activities/call-for-eit-communities/eit-water>

## Finanzdienstleistungen

### **Kommission; PSF; Feedback-Prozess zur Überarbeitung der EU-Taxonomie**

Am 08.01.2025 veröffentlichte die „Platform on Sustainable Finance“ (PSF) – eine Expertengruppe, welche die Kommission im Bereich nachhaltige Finanzen berät – einen Berichtsentwurf mit vorläufigen Empfehlungen für die Überarbeitung des delegierten Rechtsakts zum Klimaschutz und die Aufnahme neuer Aktivitäten in die EU-Taxonomie. Stakeholder sind aufgerufen, sich noch bis zum 05.02.2025 am Feedback-Prozess zu beteiligen.

[https://finance.ec.europa.eu/publications/call-feedback-psf-preliminary-recommendations-review-climate-delegated-act-and-addition-activities\\_en?prefLang=de](https://finance.ec.europa.eu/publications/call-feedback-psf-preliminary-recommendations-review-climate-delegated-act-and-addition-activities_en?prefLang=de)

## Finanzen

### **EuGH; Steuerliche Berücksichtigung von ERASMUS+-Stipendium**

Am 16.01.2025 urteilte der EuGH in der Rechtssache C-277/23 *Ministarstvo financija* („Erasmus+“-Stipendium), dass das einem Studierenden ausgezahlte Stipendium im Rahmen des Programms Erasmus+ bei der Einkommensteuerberechnung des ihm unterhaltspflichtigen Elternteils nicht berücksichtigt werden darf. Im strittigen Fall hatte ein Student aus KRO für seinen Studienaufenthalt in FIN ein ERASMUS+-Stipendium erhalten. Die Steuerverwaltung von KRO hatte daraufhin seiner Mutter mitgeteilt, dass die ihr bislang gewährte Erhöhung des persönlichen Grundfreibetrags für ein unterhaltsberechtigtes Kind für das betreffende Jahr gestrichen worden sei. Auf Anrufung des mit dem Fall befassten Verfassungsgerichts von KRO befand der EuGH die betreffenden nationalen Steuerregelungen als nicht mit dem Unionsrecht vereinbar, da sie eine Beschränkung des Rechts auf Freizügigkeit und Aufenthalt darstellten.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-277/23>

## Soziales

### **EuGH; Generalanwalt plädiert für Abschaffung der Mindestlohnrichtlinie**

Am 14.01.2025 legte Generalanwalt Nicholas Emiliou (CYP) seine Schlussanträge in der Rechtssache C-19/23 (Königreich DNK/EP und Rat der EU) vor. DNK hatte am 18.1.2023 Klage beim EuGH eingereicht und darin in der Hauptsache beantragt, die Richtlinie (EU) 2022/2041 vom 19.10.2022 über angemessene Mindestlöhne (AMW-Richtlinie) in der EU für nichtig zu erklären. Zur Stützung ihres Hauptantrags machte DNK geltend, dass die Beklagten mit dem Erlass der angefochtenen Richtlinie den Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung überschritten und gegen Art. 153 Abs. 5 AEUV verstoßen hätten. Die angefochtene Richtlinie greife unmittelbar in die Festsetzung des Lohnniveaus in den Mitgliedstaaten (MS) ein und betreffe das Koalitionsrecht, das nach Art. 153 Abs. 5 AEUV von der Zuständigkeit des Unionsgesetzgebers ausgenommen sei. In seinen Schlussanträgen schloss sich der Generalanwalt nun der Auffassung des Klägers an. Ziel der AMW-Richtlinie sei es zwar nicht, verpflichtende Mindestlöhne festzulegen, sondern lediglich Rahmenbedingungen für die Schaffung angemessener Mindestlöhne in den MS zu setzen. Dennoch regle die Richtlinie Dinge, die in der ausschließlichen Zuständigkeit der MS lägen. Denn der Ausschluss für Lohnregelungen umfasse nicht nur die Höhe der Löhne, sondern auch alle anderen Aspekte der Lohnfestsetzung durch die MS, also auch die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen. Daher greife die EU mit den Regelungen der Richtlinie direkt in die nationalen Systeme ein, weshalb die Richtlinie mit Art. 153 Abs. 5 AEUV unvereinbar sei. Ferner dürfe die EU nach dem Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung nur im Rahmen ihrer Zuständigkeiten handeln, die ihr von den MS zugewiesen sind.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=294192&pageIndex=0&doclang=EN&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=18870822>

### **Kommission, EASA; EU-Luftverkehr-Umweltbericht 2025**

Der von der Kommission zusammen mit der EU-Agentur für Flugsicherheit (EASA) am 14.01.2025 veröffentlichte Bericht legt dar, dass sich die europäische Luftfahrt an einem Scheideweg auf dem Weg zur Dekarbonisierung befände. Der Bericht enthält zukünftige Flugverkehrsszenarien und damit verbundene Auswirkungen auf Lärm und Emissionen sowie Empfehlungen zur Verringerung der Auswirkungen des Luftfahrtsektors auf Klimawandel, Lärm und Luftqualität. Dazu gehörten u.a. laut Kommission die Einführung kraftstoffeffizienter Technologien und ein optimiertes Design der Flugzeuge, der verstärkte Einsatz nachhaltiger Flugkraftstoffe (Sustainable Aviation Fuels), die Optimierung des Flugverkehrsmanagements (ATM) und die Weiterentwicklung des „Single European Sky“ sowie die internationale Zusammenarbeit im Luftfahrtsektor.

<https://www.easa.europa.eu/en/newsroom-and-events/press-releases/european-aviation-environmental-report-2025-turning-goals-action>

### **Kommission; Wettbewerb für „Grüne Hauptstadt Europas 2027“ und „Europäisches Grünes Blatt“**

Die Kommission hat am 15.01.2025 europäische Städte, die sich für Nachhaltigkeit einsetzen, aufgerufen, sich im Jahr 2027 für die Verleihung der Auszeichnungen „Grüne Hauptstadt Europas“ und „Europäisches Grünes Blatt“ zu bewerben (Frist: 15.03.2025). Die Auszeichnung als Umwelthauptstadt wird Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern verliehen, die des „Grünen Blatts“ für kleinere Städte ab 20.000 Einwohnern. Ein Gremium unabhängiger Sachverständiger soll laut Kommission die Leistungen der Bewerberstädte anhand von sieben Indikatoren prüfen und bewerten: Luftqualität, Wasser, biologische Vielfalt, Grünflächen und nachhaltige Flächennutzung, Abfall und Kreislaufwirtschaft, Lärm, Eindämmung des Klimawandels sowie Anpassung an den Klimawandel.

[https://environment.ec.europa.eu/news/competition-2027-european-green-cities-launches-2025-01-15\\_en](https://environment.ec.europa.eu/news/competition-2027-european-green-cities-launches-2025-01-15_en)

## Justiz

### **EuGH; Keine EU-Zustellung einer Anklage mittels Europäischer Ermittlungsanordnung**

Mit Urteil vom 09.01.2025 hat der EuGH in der Rechtssache C-583/23 (Delda) entschieden, dass einer Person im EU-Ausland eine Anklageschrift grundsätzlich nicht mit einer Europäischen Ermittlungsanordnung (EEA) zugestellt werden kann. Die Richtlinie 2014/41/EU über die EEA in Strafsachen ermöglicht den Justizbehörden eines Mitgliedstaats (MS) zwar, die Justizbehörden eines anderen MS mit der Durchführung von Ermittlungsmaßnahmen in dessen Hoheitsgebiet zu beauftragen. Der EuGH stellt aber nun klar, dass unter „Ermittlungsmaßnahmen“ nur Tätigkeiten zu verstehen sind, welche der Aufklärung von Straftaten dienen, insbesondere der Beweiserhebung. Er betont, eine Anklagezustellung würde als solches keine EEA darstellen. Sie kann jedoch nach dem Urteil gemeinsam mit einer Ermittlungsmaßnahme (z.B. einem Vernehmungsgesuch zur Erhebung von Beweisen) angeordnet werden, wenn sie eine Verfahrensvoraussetzung für die rechtmäßige Durchführung der Ermittlungsmaßnahme ist. In dem vom FRA Kassationsgerichtshof vorgelegten Ausgangsfall wurde einer bereits in FRA

inhaftierten Person aufgrund einer Anordnung der ESP Justiz ein Anklagebeschluss zugestellt und ihre Stellungnahme zum Sachverhalt entgegengenommen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=294113&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2042730>

## In n e r e s

### **EP; Nominierung von Bruno Gencarelli für EU-Datenschutzbehörde**

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten des Europäischen Parlaments (LIBE) hat am 16.01.2025 Bruno Gencarelli (ITL) als seinen bevorzugten Kandidaten für das Amt des Europäischen Datenschutzbeauftragten (EDSB) ausgewählt. Bruno Gencarelli, aktuell Referatsleiter in der Generaldirektion Justiz und Verbraucher, erhielt in geheimer Abstimmung im Ausschuss die meisten Stimmen (32) der vier Kandidaten für die Position, gefolgt von François Pellegrini (FRA/30), Wojciech Wiewiórowski (POL/26) und Anna Pouliou (GRI/11). Zuvor gab es eine Anhörung der Kandidaten, um ihre Eignung zu bewerten. Dabei ging es um das Zusammenspiel zwischen Sicherheit und Grundrechten, einschließlich Fragen der Vorratsdatenspeicherung und Strafverfolgung, um Priorisierung und Konsistenz nach der Ausweitung der Aufgaben des EDSB und um die Auswirkungen neuer Technologien.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20250108IPR26254/meps-choose-bruno-gencarelli-as-top-candidate-for-eu-data-protection-watchdog>

## E U – F ö r d e r p r o g r a m m e

### **Kommission; Bewerbungsaufruf zum „Neuen Europäischen Bauhaus“ (NEB)**

Am 14.01.2025 hat die Kommission die Bewerbungsrunde zur Teilnahme am Wettbewerb zum „Neuen Europäischen Bauhaus“ (NEB) gestartet. Ausgezeichnet werden sollen Projekte im Bereich Innovation und Kreativität, die vom NEB inspiriert sind. Ausgezeichnet werden sollen sowohl Projekte von Einzelpersonen, Teams und Organisationen sowie – in der Sparte „Boost for small municipalities“ – von kleineren Kommunalverwaltungen. Kreative aus ganz Europa sind eingeladen, sich zu bewerben. Diesjähriger Schwerpunkt des Wettbewerbs ist das Themenfeld „Wohnen“. Bewerbungen sind bis 14.02.2025, 19.00 Uhr MEZ, möglich.

[Neues Europäisches Bauhaus: Bewerbungsphase gestartet - Europäische Kommission](#)

## Vorschau

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

### Rat

20.01.2025	Eurogruppe
21.01.2025	Wirtschaft und Währung: Wettbewerbsfähigkeit und Regelungsaufwand
21.01.-22.01.2025	Informell Bildung: Herausforderungen der Bildungssysteme, inklusive Bildung zur Verhinderung sozialer Ausgrenzung
27.01.2025 27.01.2025	Auswärtige Angelegenheiten Landwirtschaft und Fischerei
28.01.2025	Allgemeine Angelegenheiten: Jährlicher Rechtsstaatsdialog zu Ungarn, Portugal, Rumänien und Slowenien, Prioritäten des Polnischen Ratsvorsitzes
30./31.01.2025	Informell Justiz und Inneres

### Europäische Kommission

29.01.2025	Wettbewerbsfähigkeitskompass
------------	------------------------------

### Europäisches Parlament

#### Plenarsitzung in Straßburg vom 20.-23.01.2025

- Vorstellung des Tätigkeitsprogramms des polnischen Ratsvorsitzes - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Vereinbarung zwischen der EU und der Republik Serbien über operative Tätigkeiten, die von der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache in der Republik Serbien durchgeführt werden
- Die Notwendigkeit von Maßnahmen im Zusammenhang mit der anhaltenden Unterdrückung und den Scheinwahlen in Belarus - Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik
- Umfassendere EU-Strategie für den Nahen Osten - Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik
- Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 19. Dezember 2024 - Erklärungen des Europäischen Rates und der Kommission

- Bewältigung der demografischen Herausforderungen der EU und Schritte zur Umsetzung des Instrumentariums zur Bewältigung des demografischen Wandels aus dem Jahr 2023 - Erklärung der Kommission
- Die Zusammenhänge zwischen organisierter Kriminalität und Schleuserkriminalität angesichts des jüngsten Berichts des UNHCR - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit
- Bekämpfung der Wüstenbildung: 16. Tagung der Konferenz der Vertragsparteien (COP16) des Übereinkommens der Vereinten Nationen - Erklärung der Kommission
- Desinformation und Geschichtsfälschung seitens Russlands zur Rechtfertigung des Angriffskrieges gegen die Ukraine – Entschließungsanträge
- Durchsetzung von EU-Digitalvorschriften zum Schutz der Demokratie im Internet
- Auswirkungen der Trump-Präsidentschaft auf die EU-US-Beziehungen
- Erkennung und Abwehr von Sabotageakten der russischen Schattenflotte, insbesondere in der Ostsee
- Verschlechterung der politischen Lage in Georgien.
- Gaza: Vorbereitung auf eine Zukunft nach dem Krieg
- Venezuela: Diskussion über die politische Lage nach der Amtseinführung von Nicolás Maduro
- Ungarn: Debatte über Berichte zu Überwachungsmaßnahmen gegen EU-Beamte
- Kryptowährungen: Aussprache über globale Standards und EU-Wettbewerbsfähigkeit
- Klimawandel: Debatte über Rekordtemperaturen im Jahr 2024
- Plastikverschmutzung: Debatte über gescheiterte globale Verhandlungen
- Europa vereinen gegen feindliche Akteure: Zeit, unsere Sicherheits- und Verteidigungsmaßnahmen zu stärken
- Die humanitäre Krise im Sudan
- Energie für Europas Zukunft
- EU-Finanzierung durch das LIFE-Programm für Organisationen, die Lobbying bei EU-Institutionen betreiben, und die Notwendigkeit von Transparenz
- Verstärkte internationale Maßnahmen zum Schutz von Walen nach Islands Entscheidung, den kommerziellen Walfang bis 2029 zu verlängern

## **Europäischer Gerichtshof**

23.01.2025

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-677/23 Slovenská sporiteľňa (Informationen in Verbraucherkreditverträgen) – Informationen über Laufzeit und effektiven Jahreszins in Verbraucherkreditverträgen (SLO)

23.01.2025

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-717/23 Bundesminister für Gesundheit – Lieferung von Zigarettenpackungen mit unzulässiger Beschriftung (AUT)

28.01.2025

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-253/23 ASG 2 – Abtretung von Kartellschadensersatzansprüchen zwecks gebündelter Durchsetzung (DEU)

28.01.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-738/22 P Google und Alphabet / Kommission – Google Android

29.01.2025

Urteil des Gerichts in den verbundenen Rechtssachen T-70/23, T-84/23 und T-111/23 Data Protection Commission / Europäischer Datenschutzausschuss – Befugnisse des Europäischen Datenschutzausschusses

30.01.2025

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-618/23 SALUS – EU-Bio-Logo für Arzneitees? (DEU)

**Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 31.01.2025.**

## Abkürzungsverzeichnis

<b>Europäisches Parlament</b>	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RENEW
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	LINKE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
Patrioten für Europa	PfE
Europa der souveränen Nationen	ESN
<b>EU-Mitgliedstaaten</b>	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
<b>Länder außerhalb der EU</b>	

<b>Vereinigtes Königreich</b>	<b>GBR</b>
<b>Vereinigte Staaten von Amerika</b>	<b>USA</b>